

„In der Realität entgrenzender Globalisierung ist das Kapital, wie es im ‚Kommunistischen Manifest‘ beschrieben wurde, zum ersten Mal seinem Begriff gerecht geworden. Der „zivilisierte Kapitalismus einer Gräfin Dönhoff war gestern, die das Kapital domestizierenden Schichten sind weggebrochen. Umso dringender stellt sich die alte Frage nach Wirtschaftsdemokratie neu, weil sonst gewissermaßen die Enteignungsprozesse eine solche klassenspezifische Richtung einschlagen, dass die von jeglicher Kontrolle befreiten großen Wirtschaftsverbände und Unternehmen beginnen, sich ihren eigenen Staat zu schaffen. Der Berlusconiismus in Italien ist ein solches Projekt.“

Oskar Negt 2011

Helmut Martens, Januar 2016

„Marktkonforme Demokratie“ oder Demokratisierung der Wirtschaft – „Neue Wirtschaftsdemokratie als Perspektive gegen politische Refeudalisierungsprozesse

1. Die Debatte im Forum „Neue Politik der Arbeit“

Wir waren im Forum Neue Politik der Arbeit (FNPA) so ziemlich die ersten, die das Thema Demokratisierung der Wirtschaft in Reaktion auf die ökonomischen Krisenentwicklungen nach 2008 (Krugman 2009) aufgegriffen haben.

- Maßgeblich initiiert von Joachim Beerhorst gab es 2009 einen ersten Workshop zum Thema „Mitbestimmung und Perspektiven zur Demokratisierung der Arbeit“.
- Dieter Scholz und ich haben danach in 2010 ein umfangliches Papier „Wirtschaftsdemokratie neu denken“ geschrieben und auf der FNPA-Homepage eingestellt.
- Ich habe darüberhinaus Ende 2010 ein Buch zu „Neuer Wirtschaftsdemokratie“ im VSA-Verlag veröffentlicht.

Danach gab es bei ver.di eine erste kleinere Diskussionsrunde- u. a. mit Martin Beckmann, Richard Detje, und Horst Schmitthenner -, an der ich beteiligt war. Daraus resultierten Thesen, die 2011 im „Sozialismus“ erschienen, der das Thema Wirtschaftsdemokratie 2011/12 wiederholt behandelt hat. Ich wurde außerdem zusätzlich zu einem Aufsatz angeregt, der noch 2011 in der Zeitschrift „Das Argument“ veröffentlicht wurde.

Dieter und ich haben 2012 auch Kontakt zur IG-Metall-Bezirksleitung Niedersachsen-Sachsen Anhalt aufgenommen, unter deren Federführung 2012 das von Hartmut Meine, Michael Schumann und Hans-Jürgen Urban herausgegebene Buch „Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen“ entstanden ist (ebenfalls VSA-Verlag).

Auch in die SPD hinein haben wir uns ein wenig darum bemüht, das Thema in die Diskussion zu bringen. Es gab

- ein Schwerpunktheft der SPW (2011) – u.a. mit Beiträgen von Richard Detje und Klaus Dörre - , zu dem ich einen Aufsatz beigesteuert habe, und
- Jetzt (in Heft 1/ 2015) noch einmal Thesen in den „Argumenten“ (Jusos).

Schließlich habe ich eine Tagung aus Anlass des 50. Todestages von Victor Agartz im Januar 2015 in Bochum, organisiert von HBS, Arbeitsministerium NRW und RUB, genutzt, um meine Überlegungen zum Verhältnis von alter und neuer Wirtschaftsdemokratie noch einmal scharf und pointiert auszuarbeiten (Aufsatz im „Sozialismus“ 2/2015).

Wir waren also seitens des FNPA bemüht. Mein Buch ist auch ein wenig rezipiert worden – immerhin bis hin in die Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Aber alle unsere Anstrengungen haben das Thema nicht wirklich nach vorne gebracht. Wir haben für die Gewerkschaftlichen Debatten keinen wirklich nachhaltigen Impuls auslösen können.

Das Thema wird letztlich aber nur durch die Gewerkschaften neues gesellschaftspolitisches Gewicht gewinnen können. Dies wäre meine **erste These**.

2. Inhaltliche Ergebnisse unserer Debatte aus meiner heutigen Sicht

Wenn ich den Ertrag unserer inhaltlichen Debatte im FNPA aus heutiger Sicht zusammenfassen soll, würde ich sagen:

- Wir haben deutlich herausgearbeitet, dass man heute nicht nur Arbeit, sondern auch Wirtschaftsdemokratie wirklich neu denken muss, wenn man eine Demokratisierung der Wirtschaft zu einem tragenden Teil eines Gegenentwurfs zum immer noch fortgesetzten neoliberalen Rollback machen will.
- Man kann aber, Wirtschaftsdemokratie neu denkend, nicht einfach an die alten Prämissen anknüpfen - etwa die des „organisierten Kapitalismus“ (Hilferding), die der starken Betonung von Planung *gegen* den Markt, die das Setzen auf „Austauscheliten“, also auf eine Demokratie *für* die Arbeitenden und nicht *durch* sie, oder auch die Vorstellung, so den allmählichen Übergang zum Sozialismus erreichen zu können (alles kennzeichnend für das Konzept Naphtalis (1977/28)).
- Neue Wirtschaftsdemokratie ist vielmehr zunächst als ein Reformansatz im Kapitalismus zu denken. Es zielt in einer gemischten Wirtschaft auf eine Stärkung staatlicher/politischer Rahmenseetzungen für und auch Eingriffe in den Markt und findet seine Anknüpfungspunkte weniger in den Formen institutionalisierter Mitbestimmung als vielmehr in der Entwicklung und den Potentialen „neuer Arbeit“ (Sauer 2005, Scholz u.a. 2006, Jaeggi/Kübler 2014, Georg/Peter 2016).
- Neue Wirtschaftsdemokratie betont daran anknüpfend – und bewusst in den Kontext des demokratischen Projekts der Moderne gestellt (Martens 2012) - sehr stark die Demokratiefrage. Die Demokratisierung von Arbeit muss ihr

Fundament sein. Insofern bedarf sie dann allerdings einer beteiligungsorientierten (Weiter)Entwicklung von Mitbestimmung.

- Ökonomisch ist sie so in Europa sicherlich nicht ohne ein Durchbrechen der heute herrschenden Austeritätspolitik zu denken. Der entfesselte, finanzmarktgetriebene Kapitalismus bedarf neuer Grenzziehungen. Eine grundlegend veränderte Wirtschaftspolitik ist innerhalb der Europäischen Union dringend, und der Staat, bzw. die EU als Investor – anknüpfend an keynesianische Langfristüberlegungen zur Entwicklung des Kapitalismus (Zinn 2008, 2015) – impliziert sicherlich auch so etwas wie Investitionslenkung; aber die Eigentumsfrage im Sinne von Verstaatlichung ist dann doch nicht der entscheidende Punkt.
- Neue Wirtschaftsdemokratie ist in sich kein Konzept das bereits über den Kapitalismus hinaus zielt, vielleicht aber eines, von dem Impulse für einen nach vorne hin offenen Transformationsprozess ausgehen könnten. So ähnlich hat etwa Jürgen Roesler (2010) rückblickend den New Deal nach der Weltwirtschaftskrise 1929 interpretiert. Neue Wirtschaftsdemokratie fordert aber vor allem dazu heraus, das demokratische Projekt der Moderne in Richtung auf eine wirkliche Entfaltung von Demokratie als Lebensform weiterzuentwickeln. Die „halbe Demokratie“ zu einer „ganzen Demokratie“ unter Einschluss der Sphären von Arbeit und Wirtschaft weiterzuentwickeln, das steht im Mittelpunkt.

Meine **zweite These**, die aus diesen Überlegungen folgt, lautet: ***Weil sie die „neue Arbeit“ zu ihrem Fundament machen will und demokratische Alternativen zur Krise des Neoliberalismus voranzubringen sucht, kann man „neue Wirtschaftsdemokratie“ europäisch denken. Sie knüpft nicht primär an deutsche Sonderentwicklungen an.***

3. Die Gewerkschaftliche Diskussion

Bei der **IG Metall** gab es die die schon erwähnte Initiative des Bezirks Hannover (Meine u.a. 2012) Auch auf dem Kurswechsellkongress Ende 2012 (IGM 2013) gab es immerhin ein Forum zum Thema Wirtschaftsdemokratie – das J. Beerhorst, der die Debatten im FNPA seinerzeit mit angestoßen hat, vorbereitet und moderiert hat, und in dem wir vom FNPA uns engagiert haben; aber das war es dann auch.

Schon auf dem Kongress merkte man: In den Köpfen ist da nicht viel präsent (nicht viel mehr als das „VW-Gesetz für alle“); Insgesamt war der „Kurswechsellkongress“ eher die noch ein wenig verbalradikal umkleidete Verabschiedung der IG Metall aus einer pro-aktiven Politik gegen den neoliberalen Katastrophenkurs. Darum hatte sie sich nach den Ankündigungen von Berthold Huber (2009) mit der Forderung nach einem grundlegenden Kurswechsel und der eigenen Entwicklung von neuen Handlungsansätzen bemühen wollen. Ich habe für mich eine Einschätzung zu der Debatte bei der IG Metall und zu den Ambivalenzen, mit denen die deutschen Gewerkschaften das Thema handhaben - vielleicht aufgrund tief verankerter institutioneller Orien-

tierungen auch (noch) kaum anders handhaben können - in meinem letzten Buch an verstreuten Stellen näher ausgeführt (Martens 2014, 65f, 165f, 170 und 171ff).

Auf dem IG Metall-Kongress in Mannheim im November 2014 war Wirtschaftsdemokratie dann offiziell kein Thema mehr. Was allerdings gewerkschaftlich weiter betrieben wird und in seiner Bedeutung alles andere als gering zu schätzen ist, sind die verschiedenen Beteiligungsansätze, die die IG Metall im vergangenen Jahrzehnt forciert hat (Wetzel 2015) und die Steffen Lehndorff (2012) zutreffend als „Flucht nach vorn“ bezeichnet.

Ver.di hat Wirtschaftsdemokratie als Thema stärker besetzt gehalten. Das Ergebnispapier der AG-Wirtschaftsdemokratie, an dem mehrere Mitglieder des FNPA mitgearbeitet haben, kann man vorzeigen. Aber die Umsetzung der Aktivitäten der AG Wirtschaftsdemokratie gestaltet sich augenscheinlich deutlich zäher als erhofft (ganz abgesehen davon, dass es offenbar schon im Arbeitsprozess selbst interne Reibungen bei ver.di gegeben haben muss). Schon im Gewerkschaftsrat war das Thema offenbar schwer zu transportieren, wobei ich die nähren Gründe nicht kenne. Auch hier gilt wohl: in den Köpfen der meisten ehrenamtlichen Spitzenfunktionäre ist das Thema Wirtschaftsdemokratie nicht wirklich präsent.

Im Kern laufen **die gewerkschaftlichen Diskussionen** so hinaus auf eine praktische Stärkung von Mitbestimmung und Beteiligung in Betrieb und Unternehmen und die programmatische Verteidigung/Stärkung der Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft. Konzeptionell vertiefend („Wirtschaftsdemokratie neu denken“) wird kaum diskutiert, jedenfalls ganz sicher nicht in der Breite. Den Versuch einer offensiv zu wendenden Verknüpfung mit Kritik an der undemokratischen und demokratiefeindlichen Austeritätspolitik in Europa einschließlich der nächsten Schritte, die dann drohen (TTIP usw.) schlägt sich in der Beschlusslage des DGB zur Europapolitik nieder, findet aber kaum den Weg in eine entsprechende gewerkschaftliche Praxis.

Meine **dritte These** lautet daher: ***Auf ihrer „Flucht nach vorne“ herrscht auf Seiten der Gewerkschaften in Sachen Wirtschaftsdemokratie ein unbefriedigender Pragmatismus vor. Sie wird im Grunde als Erweiterung von Mitbestimmung verstanden – und politisch erforderliche Mehrheiten dafür scheinen in immer weitere Ferne gerückt.***

4. Andere Diskussionsstränge

Insgesamt ist aus meiner Sicht die Diskussion über Wirtschaftsdemokratie auch innerhalb der Linken, was hier nicht parteipolitisch gemeint ist, eher begrenzt. Über die Debatten im Argument und im Sozialismus hinaus, an denen ich selbst mehr oder weniger beteiligt war, sehe ich da nicht allzu viel. Das gilt ebenso im Hinblick auf die Linke in der SPD und auf die Jusos.

Als wichtig erachte ich die Diskussion über *Demokratisierung der Arbeit* (Fricke/Wagner 2012, Forum Gewerkschaften 2014), an der u.a. ja auch meine früheren

Kollegen von der sfs beteiligt sind. Allerdings wird hier Wirtschaftsdemokratie so dezidiert als Prozess verstanden, „der aus der gesellschaftlichen Arbeit selbst entspringt“ (Peter 2012,115), dass darüber alle Fragen nach politischen Grenzziehungen oder gar Eingriffen gegenüber dem Markt ausgeklammert werden. Wirtschaftsdemokratie habe „mit Arbeiterkontrolle (Trentin), betriebsverfassungsrechtlicher Beteiligung (Information, Mitwirkung, Mitbestimmung) im Rahmen dynamischer Prozesse zu tun, die am Arbeitsplatz beginnt und Gute Arbeit zum Gegenstand hat“ (ebd.). Dies scheint mir zu eng, aber ich teile den Eindruck, dass auch diese Debatte in den Gewerkschaften als eine Art Grundsatzdebatte, von der her repräsentative Interessenvertretung (das „Stellvertreterhandeln“) grundsätzlich durchdacht werden müsste, immer noch relativ unentfaltet ist. Das gewerkschaftliche Denken kreist also – ähnlich wie das von Peter, aber aus anderen Gründen - wesentlich um Chancen einer spezifischen Erweiterung von repräsentativer Mitbestimmung.

H.-J. Krysmanski (2010) meint, dass sich heute „das unerwartete Entstehen des Neuen im Alten“ ausmachen lasse. Vielen der „durcheinandergerüttelten Funktionseliten aus dem zweiten und dritten Glied ist zuzutrauen, dass sie über ihre eigene Rolle in den Herrschaftsstrukturen intensiver nachzudenken beginnen und Spaß bekommen am Ziel eines elektronisch abgestützten Netzwerks friedlicher Assoziationen, in denen die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“

Michael Jäger (2015) hat auf ähnlicher Linie in unserer digitalisierten Gesellschaft über „Proportionswahlen“ nachgedacht und sie als geeignete Form vorgeschlagen, um demokratische Rahmensetzungen für und Eingriffe in Marktprozesse zu ermöglichen, und Nils Boeing (2015) denkt angesichts einer fortschreitenden digitalen Vergesellschaftung von Produktionswissen und –Mitteln darüber nach, dass gemeinsames Produzieren in lokalen und regionalen Kontexten „dem Traum der Politiker von „Industrie 4.0“ (kritisch Bischoff u.a. 2015) einiges voraus haben könnte.

Thilo Wesche (2014) argumentiert in der deutschen Zeitschrift für Philosophie: dass das freiheitliche Eigentumsverständnis selbst die Grundlage für wirtschaftsdemokratische Überlegungen biete, denn die Freiheitsversprechen, die Eigentum rechtfertigen, seien dieselben, die seine politische Einbettung und wirtschaftsdemokratische Steuerung begründen. Derart freiheitsbasierte Eigentumsordnungen garantierten so allen Mitgliedern einer Gesellschaft die Verfügungsgewalt über ihre materiellen Lebensbedingungen. Man habe so eine demokratietheoretische Begründung, die eine privatwirtschaftliche Eigentumsordnung nicht fundamental angreift, vielmehr auf deren Prämissen selbst begründet ist, von ihnen aus aber gestaltend in sie eingreift.

Das ist schlüssig argumentiert – und das bewegt sich zugleich im schreienden Widerspruch zur realen gesellschaftlichen Entwicklung die von fortschreitenden gesellschaftlichen Spaltungsprozessen und einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums gekennzeichnet ist, die man eigentlich nur noch als Ausdruck fortschreitender Refeudalisierungsprozesse ansehen kann (Martens 2015d) .Und wenn man

sie als solche kenntlich macht, wird handgreiflich, dass angesichts der neuerlichen „Konzentration von Eigentum und politischer Macht“ die politische Idee einer demokratischen Gesellschaft von Freien und Gleichen untergraben wird, wie Wesche zutreffend feststellt..

Meine **vierte These** lautet hier: ***Unser Thema schwelt aus guten Gründen an etlichen Stellen, aber es flammt noch nicht hell auf. Dies aber hätte u. a. zur Voraussetzung eine größere Bereitschaft, Wirtschaftsdemokratie auf der Höhe der heutigen Zeit grundlegend neu zu denken.***

5. In Sachen Wirtschaftsdemokratie hängt fast alles an den Gewerkschaften

Dass „neue Wirtschaftsdemokratie“ als Thema allenthalben aufkommt, aber bislang nicht zu einem zentralen Thema der gesellschaftspolitischen Debatte wird, hat aus meiner Sicht entscheidend mit den Gewerkschaften zu tun. Denn in Sachen Wirtschaftsdemokratie ist noch nie etwas ohne die Gewerkschaften gelaufen.

- Die alte Wirtschaftsdemokratie war bis zum Eintritt der Weltwirtschaftskrise von 1929 das zentrale gesellschaftspolitische Projekt des ADGB.
- Die deutsche Mitbestimmung als „isolierte Pragmatisierung einiger Grundgedanken (dieser) Wirtschaftsdemokratie unter den Kräfteverhältnissen der Nachkriegszeit“ (Borsdorf 1986) war dann wiederum Ergebnis gewerkschaftlicher Kämpfe um eine gesellschaftliche Neuordnung.
- In der seit 2009/10 neu anhebenden Debatte haben die Gewerkschaften für kurze Zeit versucht, einigermaßen pragmatisch, noch einmal an die alte Programmatik anzuknüpfen.
- Aber ein „VW-Gesetz für alle“ wäre zwar eine Stärkung/Verallgemeinerung von Mitbestimmung in Unternehmen und Betrieb für Großunternehmen auf dem in Deutschland derzeit am stärksten entfalteteten Niveau; aber es hätte – als Ausläufer der „isolierten Pragmatisierung einiger Gedanken...“ mit Wirtschaftsdemokratie auf der Höhe der Zeit ziemlich wenig zu tun – und es lässt alle Fragen nach so etwas wie gesamtgesellschaftlicher Investitionslenkung offen (Wiethold 2011). Und Investitionslenkung, das sei hier betont, ist kein Konzept aus der „linken Mottenkiste“ einiger Debatten aus den 1970er Jahren, sondern auch bei neoliberaler Wirtschaftspolitik geübte Praxis, wie in Deutschland am Beispiel der „Energiewende“ leicht nachvollzogen werden kann.
- Die Alte Wirtschaftsdemokratie des ADGB, und auch die Wiederanknüpfungsbemühungen nach 1945 sind heute allerdings zu Recht eher Gegenstand historischer Rückerinnerungen.
- Dem hingegen liefern die aus einer „Flucht nach vorn“ (Lehndorff 2012) entstandenen gewerkschaftlichen Anstrengungen zu einer Stärkung von Mitbestimmung durch Beteiligung der Beschäftigten, die auf eine Demokratisierung von Arbeit zielen, neue Ansatzpunkte, von denen her man auch über eine Demokratisierung der Wirtschaft nachdenken könnte.

- Woran es dann aber auf Seiten der Gewerkschaften mangelt, ist die Bereitschaft zu einem wirklich neuen Denken der Demokratisierung der Wirtschaft, das einen nach vorne hin offenen Möglichkeitsraum im Blick auf die neuen Bedingungen und Herausforderungen so klar erkennen lässt, dass das Nachdenken über solche Möglichkeiten ansteckend werden kann.

Wenn also die gegenwärtige Lage dadurch gekennzeichnet ist, dass die Gewerkschaften in der Defensive sind und alle ihre Kräfte darauf richten, in solcher Lage neue Ansatzpunkte für Mitgliederinteressen verteidigende, gestaltende Eingriffe in immer neue und womöglich immer dynamischere Restrukturierungen von Arbeit und Wirtschaft zu finden, dann müssen gewerkschaftsnahe Wissenschaftler umso mehr proaktives Vorausdenken wagen.

Entfalten kann sich das „Neu Denken“ von Wirtschaftsdemokratie aber letztlich nur im Dialog zwischen gewerkschaftsnaher Wissenschaft und außerwissenschaftlicher gewerkschaftlicher Praxis. Dies wäre meine ***Fünfte These.***

6. Der genauere Blick auf die ablaufenden Restrukturierungen von Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft macht die Grenzen pragmatischer Antworten sichtbar

Fundierte Ausführungen zu diesem Themenkomplex machen im Grunde einen längeren Aufsatz erforderlich (Martens 2016). Hier kann ich nur sehr holzschnittartig argumentieren:

- Man muss sich zunächst klar machen, dass die „marktkonforme Demokratie“ der Bundeskanzlerin noch immer der Kern eines neoliberalen Projekts ist, bei dem „fast alle politischen und gesellschaftlichen Eliten die Theorie, dass der Markt es besser weiß als man selbst, mit einem Naturgesetz verwechseln“, dem der herrschende Politikbetrieb, getrieben von zunehmenden multiplen Krisenentwicklungen folgt. „Die ‚Kernschmelze‘ der Finanzmärkte (hat so) nicht etwa Zweifel am Allwissenden aus(ge)löst, sondern die politische Vision einer dem Markt gehorchenden Demokratie in die Welt (ge)setzt, die wie Phönix aus der toxischen Asche steigen sollte (Schirrmacher 2013, 172).
- Das heißt aber zum einen, dass die Handelnden innerhalb des herrschenden Politikbetriebs, und ebenso der Mainstream der Ökonomie, „viel zu stark in die Status-Quo-Reproduktion verwoben“ sind (Zinn 2015,87), als dass sie Zweifel daran zuließen, ob das von ihnen propagierte Wachstum auf entgrenzten „freien“ Märkten nicht längst zu einem Wachstumsfetisch geworden ist. Man könnte auch mit Hannah Arendt (1971) von einer Kette von „Selbsttäuschung, Täuschung, Lüge, Ideologisierung bis hin zum Wirklichkeitsverlust“ sprechen.
- Zum zweiten impliziert diese Einschätzung, dass im herrschenden Politikbetrieb im Wesentlichen auch nur pragmatisch gedacht und gehandelt wird. In Europa kann man dann die Ergebnisse solchen Handelns an den Zuspitzungen der Europakrise in 2015 (Ukraine, Griechenland, Flüchtlingskrise) ganz gut nachzeichnen. Mit anderen Worten: Was wohlmeinend als „auf Sicht Fah-

ren“ bezeichnet wird, ist – bei bestenfalls vielleicht doch noch verzögerter angemessenerer Realitätswahrnehmung - ein stochern im Nebel, das dazu führt, dass der herrschende Politikbetrieb „die kontraproduktiven Effekte des Reformwiderstands potenziert“ (Zinn ebd.) und die ökonomischen, sozialen und ökologischen Kosten der Krisenentwicklungen weiter ansteigen werden.

- Aktuell geht es in der EU also um die Fortsetzung der Austeritätspolitik, die immer gleiche leere Hoffnung auf neue Märkte (TTIP), die Eindämmung der Flüchtlingsströme, das Ausloten neuer geopolitischer Kompromisse, um deren Ursachen wenigstens halbwegs in den Griff zu bekommen. Und was sich beobachten lässt ist so eher die nächste „Schraubendrehung von der Selbsttäuschung bis hin zum Wirklichkeitsverlust als Anzeichen dafür, dass der Politikbetrieb sich immerhin auf dem Weg zu einer zwar schon dramatisch verzögerten, aber immerhin allmählich doch angemesseneren Wirklichkeitswahrnehmung bewegt.
- Im Blick auf den wirtschaftspolitischen Kern des fortgesetzten neoliberalen Rollbacks, ist schon bemerkenswert, dass eine der schärfsten Kritiken an der „Marktkonformen Demokratie“ von einem konservativen Demokraten, nämlich von Frank Schirrmacher (2013) formuliert worden ist und dass z.B. die Gewerkschaften dieses programmatische Signal scheinbar nicht wirklich als Kampfansage gegen sie verstanden haben.
- Die Marktkonforme Demokratie befördert Entwicklungen hin zu „postdemokratischen“ Verhältnissen (Croucher 2008 und 2011) und nimmt vertiefte gesellschaftliche Spaltungsprozesse billigend in Kauf (Piketty 2014). Das heißt, „die halbe Demokratie“ wird ausgehöhlt. Für mich ist da der wichtigste Begriff der neueren Debatte der der „Refeudalisierung“ – im Sinne von Jürgen Habermas (1962) „nicht als Wiederkunft einer historisch längst vergangenen Epoche, (sondern als...) eine prozessierende Selbstwidersprüchlichkeit (...), die ab bestimmten Schwellenwerten in der Weise umschlagen kann, dass gesellschaftliche Institutionen jene normativen Eigenschaften verlieren, die sie einst als historisch neu gekennzeichnet haben.“
- Der Soziologe Sieghard Neckel (2013) sieht heute (1) eine Refeudalisierung der Werte (bei der Begründung hoher Gehälter von Leistung hin zu Eigeninitiative und Selbstverantwortung), (2) der Wirtschaftsorganisationen (durch die Etablierung einer ständisch privilegierten Managerklasse, die für den Shareholder Value die notwendigen Dienste erbringt), (3) einer Refeudalisierung der Sozialstruktur (durch die Wiederkehr alter Dichotomien angesichts einer Zementierung der Abstände zwischen entrückten Eliten und neuer Prekarität) sowie (4) einer Refeudalisierung des Wohlfahrtsstaates (in der öffentliche Wohlfahrt als Stiftung und Spende reprivatisiert werde).
- Der Ökonom Karl Georg Zinn (2015) schließlich spricht im strikt ökonomischen Sinne von einer Refeudalisierung des Kapitalismus, weil er die Wachstumsdynamik seiner industriekapitalistischen Entwicklung unwiederbringlich verliert, während der auf die Reproduktion des Bestehenden fixierte Politikbetrieb noch immer wie gebannt auf den Wachstumsfetisch starre.

- Politikwissenschaftlich hingegen ist die Refeudalisierungsthese meines Wissens noch kaum diskutiert. Ich vermute, dass damit die Postdemokratiedebatte zugespitzt würde. Es ginge dann – weil die herrschenden Eliten, im Sinne von Bourdieus „Staatsadel“, ihre herausgehobene Position mehr oder weniger als selbstverständlich begreifen dürften - wirklich um das Umschlagen der parlamentartischen Demokratie in neue Formen des totalen Staates – eine Möglichkeit, die bedeutende Soziologen der Vergangenheit (z. B. Helmuth Plessner 1962 oder Norbert Elias 1985) nie ausgeschlossen haben.

Meine **sechste These** lautet hier: **Angesichts von Krise und ökonomischer, vor allem aber auch politischer Entwicklungsdynamik des Neoliberalismus gilt es „Neue Wirtschaftsdemokratie“ zum Gegenentwurf der „Marktkonformen Demokratie“ zu machen, weil die auf neofeudale Verhältnisse zusteuert.**

7. Was folgt daraus für das proaktive Voraus- und Nach-Denken über „Neue Wirtschaftsdemokratie“?

Aus meiner Sicht liegen damit einige Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit am Thema auf der Hand:

- Es ist wichtig die tiefgreifenden gesellschaftlichen Spaltungsprozesse, die sich weiter fortsetzen, als Teil eines fortschreitenden gesellschaftlichen Refeudalisierungsprozesses kenntlich zu machen, mit dem wir alle als Demokraten konfrontiert sind. Denn das zwingt dazu, über den heute allenthalben noch vorherrschenden Pragmatismus hinauszudenken.
- Es ist ebenso wichtig, den heraufziehenden Kapitalismus ohne Wachstum (Zinn) als eine damit verknüpfte ökonomische Dimension von Refeudalisierung kenntlich zu machen. Denn „Neue Wirtschaftsdemokratie“ könnte dann unter anderem auch eine Antwort auf die massenhaft gemachte Erfahrung der Menschen bieten, dass die Verdopplung des BIP seit Mitte der 1970er Jahre angesichts stetig vorangetriebener gesellschaftlicher Spaltungsprozesse nur bedingt zur Steigerung eines allgemeinen Wohlstands beigetragen hat und jedenfalls von einer wachsenden Arbeitslosigkeit bzw. einer zunehmenden Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen begleitet war.
- Es ist weiter dringlich notwendig, die Refeudalisierungstendenzen innerhalb des fortschreitenden Prozesses einer Postdemokratisierung deutlich sichtbar zu machen. Erst so wird klar erkennbar, dass der Einsatz der kommenden Konflikte das demokratische Projekt der Moderne selbst sein wird. Dass „sozialstaatsfeindliche Kapitalismus-Versionen tendenziell einem brutalen Neofeudalismus mit scharfen Klassengrenzen und verhärteter Verteilungsungleichheit zustreben“ könnten“, wie Zinn (2015, 108) meint, ist angesichts mancher erkennbarer Entwicklungstendenzen durchaus eine reale Möglichkeit. Oder mit Oskar Negt noch schärfer formuliert: nicht erst mit TTIP sind „die großen Wirtschaftsverbände und Unternehmen“ heute dabei, „sich ihren eigenen Staat zu schaffen“.

- Es ist schließlich dagegen sehr wichtig, das wirtschaftsdemokratische Potential von „neuer Arbeit“ und „Industrie 4.0“ zu betonen und herauszuarbeiten. Und wenn es richtig ist, wie Nils Boeing behauptet, dass unter den Bedingungen der Digitalisierung neue Ansätze des Produzierens in genossenschaftlicher Form Impulse bekommen, dass mit anderen Worten einmal mehr in genossenschaftlichen Formen Neues im Alten entsteht, dann hätte es für ein Nachdenken über „Neue Wirtschaftsdemokratie“ auch seinen Stellenwert, den Genossenschaftsgedanken im Hinblick auf aktuelle Entwicklungen neu zu prüfen.
- Wir wissen derzeit aber auch immer noch empirisch zu wenig davon, was sich an wirtschaftsdemokratisch bedeutsamen Neuansätzen in der kapitalistischen Ökonomie entwickelt. Was für Ansätze von gestaltungsorientierter direkter Beteiligung der Arbeitenden (Demokratisierung von Arbeit) bis hin zur gestalten- den Einflussnahme auf wirtschaftliche Entscheidungen (Demokratisierung der Wirtschaft) dort z. B. auf der „Flucht nach vorn“ gewerkschaftlich erkämpft wurden. Man darf vermuten, dass es hier inzwischen so etwas wie „Rechtsfortschritt durch gewerkschaftliche Gegenmacht“ in dem Sinne gibt, dass Regelungen getroffen wurden, die über den für Mitbestimmung rechtlich abgesteckten Rahmen in hinausweisen, weil sie auch wirtschaftliche Mitbestimmungsrechte einschließen.
- Es gilt solche Demokratisierungsansätze deutlich herauszustellen. Und es käme darauf an, sie mit den Ansätzen „von außen“ – z. B. von Bürgerbeteiligung wie bei Stuttgart 21 über neue Ansätze im Bereich der Alternativökonomie bis hin zu den neuen sozialen Bewegungen in Südeuropa – zusammen zu denken. Wenn Zinn (2015, 129) in ökonomischer Perspektive davon spricht, dass „der Kapitalismus der Großkonzerne längst sozialisierungsreif“ sei, dann wäre so arbeitspolitisch, gestützt auf die Entwicklungen neuer Arbeit, darzulegen, dass die Voraussetzungen demokratischer Kontrolle auf Seiten der lebendigen Arbeit so gut sind wie nie zuvor in der Geschichte des Kapitalismus.
- Die Perspektive müsste bei allen hier anknüpfenden Überlegungen sein, neuen Vorstellungen von Demokratie als Lebensform Raum zu schaffen.

Alle diese Punkte sind hier nur angerissen. Es käme darauf an, dazu Experten zusammenzubringen, neues empirisches Wissen zugänglich zu machen und dann „neue Wirtschaftsdemokratie“ weiter zu denken. Dabei gilt, was Oskar Negt 2011 in einem Gespräch über Krisenzeiten als schwierige Zeiten für Erkenntniszeiten gesagt hat: „Erkenntniszeiten können Krisenzeiten nur dann sein, wenn die Menschen Alternativen zum Bestehenden Wahrnehmen. Wenn gewissermaßen eine Kraft oder Organisation vorhanden ist, die ihnen signalisiert, dass das Lernen aus der Krise Folgen haben könnte für die Bekräftigung dieser Alternative“ (a. a. O. 53).

Das führt zu meiner **siebten These**. Sie lautet: **Wir stehen immer noch am Anfang davon, Wirtschaftsdemokratie neu zu denken. Solches pro-aktives Denken ist aber unerlässlich, wenn die Idee einer „Neuen Wirtschaftsdemokratie“ zünden soll. Dies wäre angesichts des fortwährenden neoliberalen Rollbacks im Wort-**

sinne notwendig. Aussichtsreich kann ich es mir nur im Dialog von gewerkschaftsnaher Wissenschaft und außerwissenschaftlicher Praxis, nicht nur der Gewerkschaften, vorstellen.

Literatur:

- Arendt (1971): Lying in Politics , in: New York Review of Books, 18.11. 1971, Nachdruck in: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Heft 3/2004, S. 3-18
- Bischoff, J.; Radker, B.; Troost, A. (2015): Industrie der Zukunft? Wertschöpfung zwischen De-Industrialisierung und vierter industrieller Revolution. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 6/2015
- Bischoff, J., Müller, B. (2014): Pikettys ‚Kapital im 21. Jahrhundert. Der moderne Kapitalismus = eine oligarchische Gesellschaft?, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/ 2014
- Boeing, N. (2015). In 100 Jahren wird man sich wundern. Produktion I Linux war nur der Anfang: in Kiez-Werkstätten basteln wir uns Handys, aus Abfällen entstehen neue MAAschinen. Das ist weit mehr als digitales Kunsthandwerk, in: Freitag
- Borsdorf, U. (1986): Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung. – Historische Stufen der Annäherung an den Kapitalismus, in: WSI-Mitteilungen3/1986, S. 264-278
- Crouch; C. (2008): Postdemokratie, Frankfurt am Main
- (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Frankfurt am Main
- Crouch, C.; Pizzorno (1978): The Resurgence of Class Conflict in Western Europe since 1968, 2 Bände, London/Basingtake
- Detje, R. ; Martens, H. ; Schmitthenner, H. (2011): Neue Wirtschaftsdemokratie – Ansätze zur Überwindung der System- und Demokratiekrise, in: Sozialismus 2/2011S. 47-56
- Elias, N. (1985): Humana conditio. Beobachtungen zur Entwicklung der Menschheit am 40. Jahrestag eines Kriegsendes (8. Mai 1945), Frankfurt am Main
- FNPA (2015): Nationale europäische Gewerkschaften in Zeiten der Eurokrise - Entwicklungstendenzen und Strategien im Vergleich, Jahrestagung Berlin 2015, www.FNPA.de
- Forum Gewerkschaften (2014): Pladoyer für einen Neustart. Betriebliche Mitbestimmung auf dem Prüfstand, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 11/2014
- Fricke, W.; Wagner, H. (2012): Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie, Hamburg
- Georg, A.; Peter, G. (unter Mitarbeit von U. Dechmann, O. Katenkamp, C. Meyn und A. Peter) (2016): SelbstWertGefühl. Psychosoziale Belastungen in Change-Management-Prozessen. Hamburg
- Habermas, J. (1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchung zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt am Main
- Huber, B. (2010): Kurswechsel für Deutschland. Lehren aus der Krise. Frankfurt/New York
- IG Metall Vorstand (2013):Ökonomie, Ökologie, Soziales Europa. Kurswechselkongress Berlin 5.-7. Dezember 2012, Frankfurt am Main
- Jäger. M. (2015): Nach dem Kapitalismus wählen wir uns eine neue Wirtschaft, in Freitag
- Jaeggi, R.; Kübler, L. (2014): „Pathologien der Arbeit. Zur Bedeutung eines gesellschaftlichen Kooperationsverhältnisses“. In: WSI-Mitteilungen 7, S. 521-527.
- Krugman, P. (2009):Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt/New York
- Krysmanski, H.-J. (2010): Gesellschaftliche Planung und das System vernetzter Computer, in: Das Argument, 286, 2/2010, S. 195-204
- Lehndorff, S. (2012): „Besser statt billiger“: Demokratisierung der Arbeit als Flucht nach vorn,. in: Fricke, W.; Wagner, H. (Hg.): Demokratisierung der Arbeit, Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie, S. 203-221

- Martens, H. (2010a) Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg
- Martens, H. (2010b): Mitbestimmung und „neue Wirtschaftsdemokratie“. Zweite Fortschreibung der Auswertung des FNPA-Workshops „Perspektiven der Mitbestimmung – Demokratisierung der Wirtschaft“ am 30./31. Januar 2009 in der ver.di-Bildungsstätte Berlin-Wannsee, www.FNPA.de
- Martens, H. (2011): Neue Wirtschaftsdemokratie. Übergangsforderungen vor dem Hintergrund der Krise, in: *Das Argument*, 291, 2011, S. 211-221
- (2012): Neue Wirtschaftsdemokratie und das demokratische Projekt der Moderne. Fünf Thesen, in: *Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin*, Ausgabe März/April 2012, <http://www.gegenblende.de>
 - (2014): Politische Subjektivierung und neues zivilisatorisches Modell. Plessner, Elias, Arendt, Rancière und Foucault zusammen- und weiterdenken, Münster
 - (2015a): Neue Wirtschaftsdemokratie – Zehn Thesen, in: *Argumente 1/2015, Sozialistische Wirtschaftspolitik*, hgg. vom Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD beim SPD-Parteivorstand, Berlin, S. 30-35
 - (2015b): Alte und neue Wirtschaftsdemokratie, in: *Sozialismus 2/2014*, S. 44-48
 - (2015c) Zwischen Elitenherrschaft und radikaler Demokratie. www.drhelmutmartens.de (Texte zum Download. Wissenschaftliche Texte. Essays
 - (2015d): Gesellschaftliche Spaltung in Arm und Reich – Symptom und verschärfendes Moment ökonomischer wie politischer Krisenprozesse, in: „Gegenblende, Ausgabe Januar/Februar 2015
 - (2016): Auf dem Weg in einen neofeudalen Kapitalismus? Herausforderungen der wissenschaftlichen Zuarbeit zu transformatorischen Handlungsansätzen, www.drhelmutmartens.de
- Martens, H.; Scholz, D. (2010): Wirtschaftsdemokratie neu denken – Eine Herausforderung angesichts der neuen Weltwirtschaftskrise, www.fnpa.de
- Meine, H.; Schumann, M.; Urban H.-J. (Hg.) (2012): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!, Hamburg
- Naphtali, F. (1977/28): Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt am Main
- Neckel, S. (2013): 2013: „Refeudalisierung“ - Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas'schen Gesellschaftsanalyse, in: *Leviathan 1/2013*, S. 39-55
- Negt, O. (2011): Warum sind Krisenzeiten selten Erkenntniszeiten?, ein Gespräch mit Oskar Negt über blockierte Lernprozesse, gesellschaftliche Urteilskraft und Demokratie als Lebensform in: *Sozialismus 4/2011*, S. 52-56
- Peter, G. (2012): Primäre Arbeitspolitik und kooperative Arbeitswissenschaften – Erfahrungen und Perspektiven, in: *Fricke, W.; Wagner, H. (Hg.) a. a. O. S. 111-128*
- Piketty, T. (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München
- Plessner, H. (1981/62): Die Emanzipation der Macht, in: *Gesammelte Schriften V*, Frankfurt am Main, S.
- Roesler, J. (2010): Der schwierige Weg in eine solidarische Wirtschaft. Historische Erfahrungen aus Weltwirtschaftskrise und New Deal. Supplement der Zeitschrift *Sozialismus 9/2010*
- Sauer, D. (005): *Arbeit im Übergang*, Hamburg
- Scholz, D.; Glawe, H; Paust-Lassen, P.; Martens, H.; Peter, G.; Reitzig, J.; Wolf, F. O. (2006): *Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft*, Münster
- Schirmmacher, F.- (2013): *Ego – Spiel des Lebens*, München
- Wetzel D. (2015) (Hg.): *Beteiligen und Mitbestimmen. Für eine lebendige Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft*, Hamburg
- Wesche, T. (2014): Demokratie und ihr Eigentum. Von der Marktwirtschaft zur Wirtschaftsdemokratie, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 3/2014, 443-486
- Wiethold, F. (2011): Gedanken zur Wirtschaftsdemokratie – gegen den Strich gebürstet, in: *Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin 05/06 2011*, www.gegenblende.de

- Zinn, K. G. (2008): Die Keynesche Alternative. Beiträge zur Keyneschen Stagnationstheorie, zur Geschichtsvergessenheit der Ökonomik und zur Frage einer linken Wirtschaftsethik, Hamburg
- (2015); Vom Kapitalismus ohne Wachstum zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Hamburg